

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen und Integration

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.655.583

Wien, am 9. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Shetty, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Oktober 2020 unter der Nr. **3743/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Inhaltliche Ausrichtung der „Dokumentationsstelle Politischer Islam““ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1,2,3 und 7:

1. *Warum haben Sie sich dazu entschieden, den Namen der Dokumentationsstelle von „Dokumentationsstelle für den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam)“ auf „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ zu kürzen, wodurch die Erklärung des vorher in Klammern gesetzten Begriffs „Politischer Islam“ entfällt?*
 - a. *Warum insbesondere vor dem Hintergrund der oft genannten Kritik, dass der Begriff „Politischer Islam“ wissenschaftlich unzureichend definiert ist und zu einer undifferenziert negativen Betrachtung des Islam als Ganzem innerhalb der österreichischen Gesellschaft beitragen könnte?*
2. *Auf welche wissenschaftliche Definition der Bezeichnung „Politischer Islam“ beziehen Sie sich in Ihren Pressekonferenzen, Presseaussendungen, Interviews und*

der Gründung der „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ (bitte um Nennung der Quelle)?

3. *Im Regierungsprogramm kündigen Sie eine breit aufgestellte „Forschungs- und Dokumentationsstelle für Antisemitismus, für den religiös motivierter politischer Extremismus (politischer Islam) und für den Rassismus im 21. Jahrhundert“ (sic) an. Warum haben Sie sich dazu entschieden, den „Politischen Islam“ herauszugreifen und in einer eigenen Dokumentationsstelle anzusiedeln?*
 - a. *War also ursprünglich geplant, lediglich eine einzige Forschungs- und Dokumentationsstelle zu schaffen, die sich mit allen drei erwähnten Themen, nämlich Antisemitismus, religiös motiviertem politischen Extremismus und Rassismus im 21. Jahrhundert befasst, oder sollten von Anfang an drei eigenständige Dokumentationsstellen eingerichtet werden?*
7. *Wie verhindern Sie als Integrationsministerin in Hinblick auf ein so heikles Thema wie den „Politischen Islam“, dass keine parteipolitische Einflussnahme stattfindet?*

Ich darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2651/J vom 6. Juli 2020 verweisen.

Zu Frage 2:

- a. *Wie stehen Sie zu oben genannter Kritik, bei der Bezeichnung „Politischer Islam“ handle es sich um eine ungenaue, pauschalisierende und wissenschaftlich nicht ausreichend definierte Bezeichnung?*
- b. *Wie verhindern Sie, dass nicht-extremistische Phänomene wie die schlichte politische Aktivität von Muslim_innen und Ähnliches nicht ebenso pauschal unter der Bezeichnung „Politischer Islam“ subsummiert werden und es zum befürchteten „institutionalisierten Generalverdacht“ gegenüber allem Muslimischen kommt?*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

Zu den Fragen 4 bis 6:

4. *Sollen die Themen Rassismus und Antisemitismus in einer gemeinsamen Dokumentationsstelle, oder ebenfalls in jeweils eigenen Dokumentationsstellen behandelt werden (bitte begründen Sie Ihre Antwort) oder haben Sie vor, diese Ankündigung nicht umzusetzen?*

5. *Wann werden die Dokumentationsstellen zu Antisemitismus und Rassismus eingerichtet bzw. gibt es hier schon Pläne, Ausschreibungen, Personal, Schwerpunktsetzungen etc.?*
6. *Das Startbudget für die neue „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ beträgt EUR 500.000. Wie viel Budget wird für die ebenfalls im Regierungsprogramm im gleichen Absatz angekündigten Maßnahmen zur „Schaffung einer Forschungs- und Dokumentationsstelle für Antisemitismus [...] und für den Rassismus im 21. Jahrhundert“ aufgewendet?*

Die Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Rassismus und Antisemitismus ist der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen. Diesem Anliegen wird mit dem Regierungsprogramm „Aus Verantwortung für Österreich. 2020 – 2024“ entsprechend Rechnung getragen. Für die Umsetzung dieses verankerten Ziels durch konsequente und entsprechende Maßnahmen setze ich mich selbstverständlich in meinem Zuständigkeitsbereich weiterhin ein.

Zu Frage 8:

8. *Gerhard Baumgartner, der wissenschaftliche Leiter des DÖW, das vom Ministerium als Vorbild der „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ genannt wird, sieht die Gefahr politischer Vereinnahmung bei einem so heiklen Thema ebenfalls sehr kritisch und meint, ein langfristiger Fördervertrag könnte z.B. verhindern, dass die Dokumentationsstelle vom politischen Tagesgeschehen abhängig werde. Haben Sie so einen langfristigen Fördervertrag mit der Dokumentationsstelle abgeschlossen, in Planung oder setzen Sie andere konkrete Maßnahmen, die die tatsächliche Unabhängigkeit der Dokumentationsstelle gewährleisten können?*

Beim „Österreichischen Fonds zur Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus (Dokumentationsstelle Politischer Islam)“ handelt es sich um einen Fonds der Republik gemäß dem Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz 2015 (BStFG 2015), der auf Dauer eingerichtet wurde. Die Gebarung und Mittelverwendung gehört zum eigenverantwortlichen Aufgaben- und Verantwortungsbereich des Fondsvorstands. Die Dokumentationsstelle ist in ihrer Tätigkeit dem Gebot ergebnisoffener Forschung und sachlicher, objektiver und wahrheitsgetreuer Information verpflichtet. Zur Sicherstellung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit sowie Berücksichtigung von Fachexpertise wurde zudem ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet.

MMag. Dr. Susanne Raab

